

7. Digitalstrategie für die kantonale Verwaltung

Antrag des Regierungsrates vom 21. August 2019 zum Postulat KR-Nr. 15/2017 und gleichlautender Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 7. Juli 2020

Vorlage 5519b

Ratspräsident Benno Scherrer: Wir haben gemäss Paragraf 61 des Kantonsratsreglements Kurzdebatte beschlossen, das heisst zwei Minuten Redezeit.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), Präsident der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK): Mit dem vorliegenden Postulat wurde der Regierungsrat von Erstunterzeichner Beat Habegger eingeladen, eine Digitalstrategie für die kantonale Verwaltung zu erarbeiten. Diese sollte insbesondere die Möglichkeiten aufzeigen, die sich durch die Blockchain für die Verwaltung ergibt.

Der Regierungsrat beauftragte die Staatskanzlei bereits im Jahr 2016, eine digitale Strategie für die Verwaltung sowie einen Umsetzungsplan zu erarbeiten. Mit der Strategie «Digitale Verwaltung 2018 bis 2023» wurden sodann auch Leitlinien und strategische Ziele für die Digitalisierung festgesetzt.

Die Umsetzung der Strategie erfolgt im Wesentlichen über Impulsprogramme. Projekte sind beispielsweise «ZHweb2019», «eBaugesucheZH» oder «eEinbürgerungZH» sowie das Projekt zur Prüfung der Blockchain-Technologie. Die Umsetzung der Projekte soll abteilungs-, amts- und direktionsübergreifend und, wo zielführend, im Austausch mit Bund und Gemeinden erfolgen.

Die STGK kam aufgrund der Ausführungen der Regierung zum Schluss, dass die Anliegen des Postulanten mit der Digitalstrategie grundsätzlich erfüllt werden. Die Abschreibung des Postulats war in der STGK insofern unbestritten. Die STGK beantragt Ihnen mit Beschluss vom 11. September 2020 einstimmig – bei 13 anwesenden Kommissionsmitgliedern damals –, der Abschreibung des Postulats zuzustimmen. Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Erika Zahler (SVP, Boppelsen): Seit der Eingabe dieses Vorstosses im Jahr 2017 ist betreffend das Thema «Digitalisierung innerhalb der Verwaltung» einiges gelaufen. 2017 wurde vom Regierungsrat betreffend Blockchain eine Antwort gefordert. Aufgrund der nicht zufriedenstellenden Antwort haben die FDP und die SVP ein Postulat eingereicht. Inzwischen wurde das AFI (*Amt für Informatik*) gegründet und es wurden verschiedene Projekte angegangen und umgesetzt.

Es liegen heute ebenfalls interne und externe Berichte vor, die Aufschluss betreffend neue Technologien, wie Blockchain, in der Verwaltung geben. Nach einer Studie wird nun ein projektbezogenes Vorgehen angestrebt. Die Strategie «Digitale Verwaltung 2018 bis 2023» ist mitten in der Umsetzung. Als Instrumente hat der Regierungsrat das Impulsprogramm 2018/2019 beschlossen, in welchem 29 Projekte initialisiert sind. Diese finden sich wieder in den Bereichen «Steuern», «politische Rechte», «Bildung» und so weiter. Mit dem Impulsprogramm wird

periodisch die Überarbeitung und Weiterentwicklung überprüft. Das Thema «Blockchain» ist im Impulsprogramm unter Innovationen mit drei Bereichen anzutreffen: Einsatz der Blockchain-Technologie, Partizipation neu denken und Künstliche Intelligenz erproben. Die Untersuchung zeigt bei den Anwendungsbeispielen, dass es sich aktuell nicht lohnt, Projekte daraus zu machen, und sich dadurch keine Kosteneinsparungen ergäben. Für eine Zusammenarbeit oder Partnerschaften wäre man aber offen. Auch hier ist gewünscht, dass die weiteren Schritte in der Digital-Strategie durch eine Subkommission eng begleitet werden. Es liegt nicht an einer Verwaltung, hier federführend zu sein. Aber eines ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Nicola Yuste (SP, Zürich): Auch die SP ist einverstanden damit, das Postulat von Beat Habegger und Mitunterzeichnern abzuschreiben. Die Regierung hat eine «Digitalstrategie 2018 bis 2023» erarbeitet und damit Teil 1 des Postulats erfüllt. Sie zeigt mit sieben strategischen Zielen und einem Impulsprogramm auf, wie die Verwaltung die digitale Entwicklung mitgestaltet und die Chancen der Digitalisierung nutzen will. Die kantonale Verwaltung will damit – ich zitiere – «eine offene, digital vernetzte Organisation werden, die sowohl nach innen als auch nach aussen bedürfnisgerecht, sicher und durchgängig digital agiert». Mit dieser Zielsetzung können wir uns anfreunden. Bedürfnisgerechtigkeit heisst aber auch, dass wir Teile der Bevölkerung nicht vergessen, die mit dem Tempo der Digitalisierung nicht mithalten können, und alle einen niederschweligen Zugang zu Informationen und Leistungen der Verwaltung haben. Viele Elemente des Impulsprogramms unterstützen wir sehr, wie zum Beispiel ein Projekt für eine bessere Einsicht der Bevölkerung in Planungs- und Gestaltungsprozesse der Verwaltung oder Projekte, welche eine Erweiterung der offenen, frei zugänglichen Behörden-daten ermöglichen. Die Verwaltung hat auch abgeklärt, welche Möglichkeiten sich durch die Blockchain-Technologie ergeben, ein weiteres Anliegen des Postulates. Es ist aufgrund des Berichts nachvollziehbar, dass eine breite Anwendung dieser Technologie aktuell wenig sinnvoll ist. Kommt hinzu, dass das Vertrauen in amtliche Dokumente glücklicherweise bereits auch ohne Blockchain sehr hoch ist. Auch wenn die Verwaltung keine digitale Vorreiterin sein muss, ermutigen wir sie aber dazu, die Piloten in anderen Kantonen und im Ausland weiterhin zu verfolgen und am Thema dranzubleiben.

Beat Habegger (FDP, Zürich): Ich danke dem STGK-Präsidenten für die Würdigung des Postulatsbericht. Das Ganze geht, wie schon gesagt wurde, auf eine Anfrage von mir aus dem Jahr 2016 zurück. Die Antworten waren damals nicht wirklich voll zufriedenstellend, insbesondere was die Verwaltung anbelangt, und deshalb haben wir dieses Postulat eingereicht. Ich bin auch einverstanden mit der Abschreibung, die wir heute beschliessen.

Drei Feststellungen einfach hier heute zum Abschluss dieses Prozesses: Wir sind natürlich 2022 an einem ganz anderen Ort als 2016. Das Bewusstsein für die Digitalisierung hat sich stark gewandelt in Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung. Der Regierungsrat hat natürlich dann auch mit der Strategie, wie es auch schon

mehrmals erwähnt wurde, die entsprechenden Beschlüsse gefällt, sodass jetzt ganz konkrete Schritte unternommen werden können. Mein Fazit also: Wir brauchen keine Strategien mehr, wir brauchen keine Konzepte mehr, wir brauchen jetzt einfach vor allem Taten in der Umsetzung.

Zweiter Punkt: Ich glaube, entscheidend ist der Austausch zwischen der Staatskanzlei, dem Amt für Informatik und den Direktionen. Es muss einfach sehr gut funktionieren. Es brauchte gute Koordination, es braucht laufende Adaption und auch ein entsprechendes Monitoring. Ich glaube, es ist auch positiv, dass jetzt die Prozesse der IKT-Transformation mit diesem Impulsprogramm, mit der digitalen Verwaltung, zusammengeführt und insofern auch stärker miteinander verwoben werden.

Und als letzter, dritter Punkt: Wir begleiten die ganze Angelegenheit ja im Rahmen einer Subkommission von GPK (*Geschäftsprüfungskommission*) und Finanzkommission (*FIKO*). Wir werden da weiterhin dranbleiben und schauen, dass die Transformation der Verwaltung in die digitale Richtung in Zukunft weitergeht. Vielen Dank.

Karin Joss (GLP, Dällikon): Wer von uns kann die Begriffe «Blockchain» und «Distributed Ledger» spontan erklären? Vielleicht ähnlich viele wie beim Pukelsheim (*Wahlverfahren, das vom Mathematik- und Stochastik-Professor Friedrich Pukelsheim entwickelt wurde*). Mögliche Anwendungen sind Fahrzeug- oder Handelsregister, elektronische Identität oder E-Voting. Wir sind also wieder beim gleichen Themenkreis (*wie beim vorangegangenen Traktandum, KR-Nr. 109a/2018*). Der Kanton Zürich nutzt die erwähnten Technologien bisher noch nicht oder erst ansatzweise.

Der Regierungsrat war mit dem Postulat von Beat Habegger aufgefordert, eine Digitalstrategie für die kantonale Verwaltung vorzulegen. Den Postulanten ging es darum, dass der Kanton vom stillen Beobachten und Prüfen neuer Technologien hin zu einer aktiven Strategie und zeitnaher, systematischer Einführung geeigneter Technologien gelangt. Diese Technologien sind wahrscheinlich wenig umstritten. Sie werden zunehmend von der Wirtschaft genutzt und sind das Transportmittel, um Entwicklungen voranzutreiben. Der Regierungsrat präsentiert uns eine Strategie, die aufzeigt, dass er sich ernsthaft und professionell mit diesen Technologien auseinandersetzt. Man findet auch eine umfassende Studie der Staatskanzlei, und weiter sei auf das Impulsprogramm verwiesen. Die Herausforderungen sind erheblich, der Zeitraum von der Prüfung bis zur Einführung ist lang und die Kosten und Einsparungen können kaum beziffert werden; das bleibt also offen. Keine Antwort finden wir auch auf die Frage, wie die Energiebilanz der Blockchain-Technologie für die kantonale Verwaltung aussehen könnte. Diese Frage wurde aber auch noch gar nicht gestellt, sie muss aber im Laufe der Zeit ebenfalls beantwortet werden.

Wir begrüßen die Strategie des Regierungsrates und finden sie sinnvoll und angemessen. Neben der Vorbereitung von Entscheidungsgrundlagen wird eine schrittweise Einführung vorbereitet. Das Postulat kann als erledigt abgeschrieben werden. Die GLP stimmt dem zu.

Urs Dietschi (Grüne, Lindau): Wir Grünen stimmen der Abschreibung des Postulates 15/2017 zu. Im Bericht des Regierungsrates zur Vorlage 5519 hat die Verwaltung aufgezeigt, wie das schon gesagt wurde, dass die Forderungen des Postulats umgesetzt werden. Von uns gibt es einfach eine zusätzliche Bemerkung bezüglich Datenlagerung, Datenverarbeitung: Sie soll unter keinen Umständen ausserhalb der Verwaltung stattfinden. Die angestrebten Ziele sind komplex und ehrgeizig. Doch scheint die Strategie umsetzbar zu sein. Moderne Technologien wie Blockchain werden ins Auge gefasst. Wir wünschen bei der Umsetzung gutes Gelingen und keine bundesmässige Umsetzung der Strategie.

Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil): Der Regierungsrat beauftragte mit Beschluss Nummer 1183/2016 die Staatskanzlei im Rahmen der Weiterentwicklung der E-Government-Strategie und unter Einbezug der Direktionen eine Strategie «Digitale Verwaltung» sowie einen Umsetzungsplan zu erarbeiten. Mit der Strategie «Digitale Verwaltung 2018 bis 2023» setzte der Regierungsrat am 25. April 2018 die Leitlinien und strategischen Ziele für die Digitalisierung der Verwaltung fest. Die Strategie ist auf das vorliegende Leitbild ausgerichtet. Die kantonale Verwaltung ist eine offene, digital vernetzte Organisation, die sowohl nach innen als auch nach aussen bedürfnisgerecht, sicher und durchgängig digital agiert. Die Strategie umfasst diverse Ziele, die im Antrag des Regierungsrates detailliert und umfassend aufgeführt sind. Die Mitte nimmt befriedigt zur Kenntnis, dass der Regierungsrat auf zukünftige Technologien setzt und die weiteren technologischen Entwicklungsschritte eng verfolgt. Der Kanton Zürich soll diesbezüglich zur Spitzengruppe aufsteigen. Insbesondere das Projekt «Studie zum Einsatz der Blockchain-Technologie» verfolgt die Mitte mit Interesse. Hier ergeben sich für die Zukunft breite Anwendungsmöglichkeiten; diese stecken aber noch in den Kinderschuhen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Regierungsrat und die Staatskanzlei die digitalen Entwicklungs- und Einsatzmöglichkeiten in der kantonalen Verwaltung sehr ernst nehmen. Es gilt hier aber den Anschluss nicht zu verpassen. Die Mitte stimmt dieser unbestrittenen Abschreibung des Postulats Kantonsratsnummer 15/2017 zu.

Walter Meier (EVP, Uster): Die EVP-Fraktion stimmt dem Antrag 5519 zu und schreibt damit das Postulat 15/2017 ab. Die mit dem Postulat geforderte Digitalstrategie ist vorhanden. Die GPK und die FIKO haben eine gemeinsame Subkommission bezüglich der IT-Entwicklung in der Verwaltung gebildet, welche das Projekt «Digitale Verwaltung» eng begleitet und deren Umsetzung sicherstellt. Damit sind die Forderungen des Postulats erfüllt. Ja, es ist sogar sichergestellt, dass die Digitalstrategie kein Papiertiger bleibt.

Ratspräsident Benno Scherrer: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat KR-Nr. 15/2017 ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.